

14/2 1914

A.

Noch immer Preistreibereien.**Drangsalierete Gewerbetreibende.**

Zu dem Thema „**Bewucherung von Einrückenden**“ berichtet uns Frau J. S. (Name und Adresse der Schreiberin sind uns bekannt) folgendes Erlebnis: Für einen meinem Hause befreundeten Offizier besorgte ich über sein Ersuchen einige Ausrüstungsgegenstände, die in seiner Garnison in Ungarn nicht mehr erhältlich waren. Ich wandte mich an die Firma M. Wolf, k. u. k. Hoflieferant, in der Mariahilferstraße und verlangte dort eine Revolvertasche. Ich mußte dafür 12 Kronen bezahlen, obwohl in den ersten Stadtgeschäften der Preis für die gleiche Qualität etwa 4 Kronen beträgt. Ich habe die Zahlungsbestätigung dem Kriegsministerium eingeschickt. Da sich die Tasche nachher für einen Browningrevolver als zu groß erwies, ersuchte ich, sie mir gegen eine kleinere oder gegen andere gleichfalls benötigte Gegenstände, wie Repetierpistole, Thermosflasche u. dgl., umzutauschen. Da der Firma mir mit dem Verlangten nicht dienen konnte, wäre es wohl in der Ordnung gewesen, mir das Geld zurückzuerstatten. Mein diesbezüglich in höflichster Form gestelltes Ersuchen wurde aufs schroffste „prinzipiell“ abgewiesen, denn, wie mir erklärt wurde, „die Leute, die mit solchen Sachen kommen, seien nur von den Zeitungen aufgehebt“. Ich glaube, diese Behandlung von Einrückenden, die ihr Leben für das Vaterland und seine Bevölkerung in die Schanze schlagen, durch einen k. u. k. Hoflieferanten verdient, der Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. So weit die Zuschrift. — Gestern wurden vom Bezirksgericht Josefstadt zwei kleine Geschäftsleute (ein Gemischtwarenhändler und eine Bäckermeisterin) zu je einer Woche strengen Arrests und zum Verluste der Gewerbekonzession verurteilt, weil sie, anscheinend in der Absicht, den preissteigernden Vorkauf von Mehl entgegenzuwirken, sich geweigert hatten, von ihrem geringen Mehlvorrat auch an im Geschäfte nicht als Kunden bekannte Käufer abzugeben (in der Tat läßt sich gegen die gemeinschädlichen Vorkäufe kaum wirksamer vorgehen, als wenn die Kunden nur in jenen Geschäften ihren Bedarf decken können, wo sie täglich einzukaufen pflegen; anders ist eine Kontrolle über die Einkaufsmenge ja nicht gut möglich). So

draconisch wird gegen kleine Geschäftsleute vorgegangen, die schwerlich das Bewußtsein hatten, Unerlaubtes zu tun, ja vielleicht glaubten, mit ihrer Verkaufswigerung im Interesse der Allgemeinheit zu handeln. Wir haben bereits eine ganze Reihe von Fällen unerhörter wucherischer Preistreiberei durch große Firmen, Aktiengesellschaften usw. veröffentlicht. Soll das Vertrauen in die Maßnahmen und Verfügungen der Behörden nicht erschüttert werden — und das wäre in diesen ernstesten Tagen beklagenswerter und folgenreicher als je — so ist endlich der Bevölkerung durch offenkundige Taten zu beweisen, daß vor dem Gesetze alle gleich sind, groß und klein, ohne Ansehen der Person und der Firma....

Mit bezug auf die Mitteilungen eines Wiener Gewerbetreibenden über die Benzinverteuerung in unserer Nachmittagsausgabe Nr. 379 wird uns von einer anderen Wiener Firma geschrieben: Auch uns ist das zitierte Schreiben der Wien-Floridsdorfer Mineralölfabrik zugegangen. Aber beinahe erscheint jener Vorgang noch kulant neben dem Verlangen der Mineralöl-Handelsfirma Ludwig Schön & Kreide in Wien-Landstraße, die für unversteuertes Autobenzin der Fraktion $720/30$, welche Sorte vor der Mobilisierung Kronen 37.50 per 100 Kilogramm kostete, jetzt 81 Kronen gegen sofortige Barzahlung selbst von langjährigen Kunden fordert, das ist ein Preisanschlag von fast 120 Prozent. Dabei ist die genannte Firma im Besitze der einzigen gemeinsamen Einlagerungsstelle steuerfreien Benzins in Wien, wodurch ihr wegen der bequemen Ablieferung die Kundschaft vieler Autounternehmungen und Privatautobesitzer gesichert wurde. Schon vor etwa zwei Jahren hat die Preispolitik der nämlichen Firma von sich reden gemacht. Wissen denn die berufenen Organe gar kein Mittel gegen derartige Preistreibereien? Wagt man sich nur an die Kartoffelbauern heran?

Eine Aktion des Deutschösterreichischen Gewerbebundes.

Eine Abordnung der vom Deutschösterreichischen Gewerbebunde ins Leben gerufenen Hilfsstelle für Gewerbetreibende, deren Angehörige und Arbeiter trat heute an das Kriegsministerium und an das Landesverteidigungsministerium mit einer Reihe von Wünschen, betreffend die Vergabung von gewerblichen Heereslieferungen, heran. In der von der Abordnung überreichten Eingabe wird angeführt, daß viele gewerbliche Lieferungen jetzt an Großunternehmer vergeben werden, die bisher damit nichts zu tun hatten, und wird der Wunsch ausgesprochen, diese Lieferungen künftighin den Gewerbege nossenschaften zur Ausführung zu übertragen. Gleichzeitig wurde auch die Bitte daran geknüpft, das Kriegsministerium möge sich diesbezüglich mit den einzelnen Genossenschaftsverbänden, der niederösterreichischen Gewerbetammer und den industriellen Vereinigungen ins Einvernehmen setzen. An der Hand konkreter Beispiele wies die Abordnung nach, daß die Lieferungen aus zweiter und dritter Hand der Heeresverwaltung ungleich höher zu stehen kommen, als der direkte Bezug vom Erzeuger selbst. Diese Aktion des Deutschösterreichischen Gewerbebundes wird sowohl vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner als auch vom W. Bielowek als Leiter der Gewerbebeförderung des Landes Niederösterreich auf das tatkräftigste unterstützt.